

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Betitelle: Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 A. Columnen resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 A. — Retikame 3-gespaltig 1 M 50 A. — Columnen 450 M u. f. w.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die gestrige Reichstags-Sitzung; Schweizer Stimmungen; Tagesbericht; aus dem Reichstage.
Frankreich. Paris: zur auswärtigen Politik.
Berliner Nachrichten.
Berliner Börsenbörse n. Waaren- u. Produktenmärkte.

Heute erscheint eine dritte Ausgabe.

* Berlin, 12. Januar.

Die gestrigen Reichstagsverhandlungen.

Die gestrige dritte Rede des Fürsten Bismarck hat mit dem von französischen und englischen Blättern in die Welt gesetzten deutsch-russischen Bündnisse durchgreifend aufgeräumt. Diesmal war es der Abg. Windthorst, der sich mit diesem angeblichen Bündnisse hervorwagte; so mußte er denn auch das Dementi auf seine Schultern nehmen und die Lächer hat er diesmal nicht auf seiner Seite gefunden. Wir lassen die betreffenden Stellen hier nochmals nach dem Wortlaut folgen. Fürst Bismarck sagte:

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat ferner gesagt, was wir denn zu befürchten hätten, wenn Rußland unser Verbündeter sei. Ich weiß nicht, woher er weiß, daß Rußland unser Verbündeter ist. Wenn er geheime Nachrichten aus Petersburg hat, daß Rußland mit uns ein Bündnis gegen Frankreich abschließen will, so würde ich ihm dankbar sein, wenn er mir das mittheilen wollte; das wäre patriotischer, als hier in die Öffentlichkeit solche Nachrichten zu lancieren, die ich für irrtümlich halte. Ich habe gestern noch die Ehre gehabt, mit dem russischen Botschafter zu Mittag zu essen; mir hat er nichts davon gesagt, daß er ein Bündnis vorschlägt. Ich habe mein Vertrauen dazu ausgesprochen, daß Rußland uns nicht angriffe und nicht konspirire mit anderen Mächten, daß es kein Bündnis gegen uns suche. Wir haben aber auf kein Bündnis zu rechnen, wenn wir mit Frankreich kämpfen. Das ist also eine irrtümliche Nachricht, zu deren zeitiger Widerlegung ich durchaus genötigt bin.

Noch in den heute Morgen eingetroffenen französischen Blättern, z. B. dem „Temps“ und dem „Figaro“ spukte dieses angebliche „Bündnis“, das den Wünschen der Franzosen mehr entsprechen muß als denen Rußlands und Deutschlands. Der „Figaro“ erklärt schon im Voraus, daß Fürst Bismarck nichts Kluges sagen, daß er sein Balanzspiel zwischen Oesterreich und Rußland fortsetzen wird. Die Vermittlung zwischen Oesterreich und Rußland bleibt allerdings als ein schwieriges und undankbares Geschäft auf Deutschland ruhen. Wir wiederholen die betreffende Aeußerung des Fürsten Bismarck nach dem stenographischen Bericht:

Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Oesterreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders. Es gibt wirklich rivalisierende und miteinander konkurrierende Interessen, die diesen beiden, unseren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Ich brauche diese Erregungen nicht näher zu bezeichnen — die Presse beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon bilden die Gegenströmungen und Schwierigkeiten, mit denen wir bei unseren Bemühungen, sie zu überwinden, und den Abseits des Friedens in beiden Kabinetten zu wachsen, rechnen müssen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Oesterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet, und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, so wollen wir uns das auch gern gefallen lassen.

Daß gerade dieses konkurrierende Verhältnis zwischen Rußland und Oesterreich der springende Punkt der augenblicklichen Situation und ihre größte Gefahr ist, liegt so auf der Hand, daß es kein Zufall sein kann, wenn in einzelnen Blättern gerade dieser Punkt bei der Sichtung der gestrigen Verhandlung todgeschwiegen wird.

Mit Recht durfte man auf den Eindruck gespannt sein, welchen die gestrigen Erklärungen des Fürsten Bismarck in Frankreich hervorrufen würden. Man braucht sich nur an die verschiedentartigen Rundgebungen des Generals Boulanger, sowie der ihm nahestehenden radikalen Organe zu erinnern, um davon überzeugt zu sein, daß der deutsche Reichskanzler die französischen Verhältnisse mit voller Sachkenntnis geschildert hat. Gerade die jenseits der Vogesen zur Schau getragene Friedfertigkeit der jüngsten Zeit mußte um so bedenklicher erscheinen, als der französische Kriegsminister seine bekannte deutschfeindliche Rede, umgeben von Paul Devonle und dem Stabe der Patriotenliga hielt, sodaß die Ironie sich von selbst aufdrängte. Allerdings darf man die französische Nation nicht ohne Weiteres mit General Boulanger und dessen radikalen Anhänger identifizieren, wie denn auch Fürst Bismarck mit Tag nur auf Eventualitäten hinweisen konnte, deren Wahrnehmung man sich allerdings im Hinblick auf die französischen Parteiverhältnisse nicht verschließen kann. Ein Theil der Pariser Blätter muß denn auch bereits zugestehen, daß der deutsche Reichskanzler die Situation klar erkannt hat. Hierüber meldet unser Pariser Korrespondent:

○ Paris, 12. Januar, Vormittags. Der Wortlaut der Reden des Fürsten Bismarck ist den hiesigen Journalen gestern Abend so spät zugegangen, daß nur ein Theil der Morgenblätter Zeit gefunden hat, diese Reden einer Besprechung zu unterziehen. Meistens giebt die Beurtheilung der vorliegenden Blätter darin, daß der Reichskanzler vollständig recht hatte in Bezug auf die Bestimmungen der französischen Nation, welche nichts thun werde, nur den schrecklichen Zusammenstoß zu befürchten, aber auch nicht ruhen werde, bis Straßburg und Metz wieder gewonnen seien. Mehrere Blätter melden, der Konseilspräsident Goblet habe sich mit dem Kriegsminister General Boulanger geeinigt, von seiner gesammelten Kreditforderung für dieses Jahr 86 Millionen Francs zu verlangen.

(Privattelegramm der „National-Ztg.“)

London, 12. Januar. Der „Standard“ sagt, die Deutschen würden die hohe Stellung, die sie unter den Völkern einnehmen, nicht länger verdienen, wenn sie taub blieben gegen die gestrigen gewichtigen Worte des Fürsten Bismarck und Mostkows und vorzögen, sich durch Haaspolkationen und Abstraktionen parlamentarischer Fiktionen leiten zu lassen. Sobald Frankreich oder Rußland glaubten, Deutschland sei seiner militärischen Lasten müde, werde der Friede nicht eine Woche gesichert sein. Die „Times“ meint, Deutschland könne mehr als

andere Mächte zur Erhaltung des Friedens thun, aber nur dann, wenn es gesichert sei gegen jeden möglichen Angriff.

Wien, 12. Januar. Das „Fremdenblatt“ hebt den warnen und beruhigen Ton hervor, in welchem Fürst Bismarck gestern in Durchführung seiner Friedensmission Oesterreichs geredet. Wenn Fürst Bismarck den Einfluß der Dreikaiserthümlichkeit auf die Befestigung des Friedens hervorzuheben, wenn er die freundlichen Beziehungen dieser Mächte zu einander betont habe, so könne dies Oesterreich nur mit hoher Befriedigung erfüllen als eine nachdrückliche Widerlegung der so vielfach variirten Meinung, als wäre das Verhältnis Deutschlands zu Rußland jemals geeignet gewesen, das Band zu lockern, das Oesterreich mit Deutschland so innig verknüpft. — Die „Presse“ betont, was Fürst Bismarck gesagt, sei überzeugend für jeden Redlichen, seine Bemerkungen über Frankreich zeigten Achtung vor der französischen Nation und das stolze deutsche Nachboreußthum, welches er ausdrückte, sei frei von jeder Verletzung fremder Empfindlichkeit. Das Schwerkewicht seiner Ausführungen liege in dem Appell an gewisse Reichstagsabgeordnete; die Wahrung des deutschen Reiches sei die Parole für die Abstimmung des Reichstags oder für Neuwahlen.

Schweizer Stimmungen.

□ Bern, 10. Januar. Die kriegerischen Nachrichten der letzten Zeit drücken wie ein Alp auf das schweizerische Publikum und auf das ganze Geschäftsleben. Es wird schwer halten, das Vertrauen in eine friedliche Zukunft beförderlich wieder herzustellen. Die öffentlichen Blätter Frankreichs, welche in der Schweiz gelesen werden, und es sind dies namentlich einige größere Zeitungen, wollen zwar keinen Krieg; allein der ganzen Situation traut man hier doch nichts. Nicht daß man etwa in der Schweiz selbst krieglustig wäre, ferne davon! Wenn es von der Schweiz abhinge, so wäre der Friede zwischen den Nationen für alle Zeit gesichert. Unsere Aufgabe im Kriegsfalle besteht in der Aufrechterhaltung der Neutralität, nützlich als mit den Waffen und es sind alle Anstrengungen gemacht worden, um diese Aufgabe mit Ehren zu lösen. In der Schweiz giebt es über diese Aufgabe keine divergierende Meinung, auch nicht hinsichtlich der Opfer, die für dieselbe gebracht werden müssen.

Dem weiteren Verlaufe der im verflochtenen November begonnenen Unterhandlungen mit Deutschland, betreffend Revision des Handelsvertrages, sehen wir mit Spannung entgegen. Wir haben den größten Handelsverkehr mit Deutschland, allem wenn derselbe erhalten bleiben soll, so ist hüben und drüben eine möglichst große Stabilität in den Rechtsverhältnissen, welche denselben regeln, durchaus nötig. Beständige Zolländerungen beeinträchtigen den internationalen Austausch und verunmöglichen Kombinationen auf längere Sicht. In der Schweiz werden wir durch die Gewalt der Verhältnisse, die meine durch die Zollpolitik unserer Umgebung allmählig ebenfalls von unserer früheren Stabilität in der Regelung der Zollverhältnisse abgeleitet. Unser Zolltarif von 1884 wird schon nicht mehr als genügend erachtet und eine Revision ist bei der Bundesversammlung pending. Außerdem treffen immer neue Abänderungsbegehren ein, selbstverständlich sind dieselben immer in gleichem Tone abgefaßt und lauten: Zollserhöhung, Reciprocity u. f. w. Wir haben auch in der Schweiz, wie unser Nachbarstaaten, eine Partei, die überhaupt keine Handelsverträge mehr will, — aus nahe liegenden Gründen. Dieselbe ist stark genug, daß die Freunde der Handelsverträge und mit diesen die eigenständige Verwaltung mit ihr rechnen muß, und es darf als sicher angenommen werden, daß ein neuer Vertrag mit Deutschland, welcher gegenüber dem jetzigen keine nennenswerthe Vortheile böte, von der Hand gewiesen würde. Die Aufnahme, welche die Delegierten des schweizerischen Bundesraths im November obhin in Berlin gefunden haben, läßt uns hoffen, daß das Endergebnis der Unterhandlungen ein für beide Parteien annehmbares sein werde.

Die Bundesbehörde beschäftigt sich mit der Revision unserer diplomatischen Vertretung im Auslande. Es handelt sich namentlich darum, für einige Staaten, in denen wir noch keine solche Vertretung haben, namentlich mit Rücksicht auf unsere Handelsinteressen, Geschäftsträgerposten zu creiren. Man nimmt hierfür in erster Linie England, dann Rußland, die Türkei und Japan in Aussicht.

Ueber die französische Orientpolitik läßt sich die „N. Zürich. Ztg.“ wie folgt vernemen:

„Frankreich hat sich in der bulgarischen Angelegenheit, von West- und Mitteleuropa getrennt; es hat sich von England, Oesterreich und Italien losgesagt, welche im Orient eine liberale Politik trieben, wie sie jenseits von den Franzosen gerne als die herkömmliche ihres Landes gepriesen wird. Es hat eine besondere Rolle gespielt, eine Rolle, die aber dennoch unendlich bereite.“

War diese Politik auf die Erhaltung des Friedens gerichtet? Dann wäre es ein schlimmer Friede, um den es den französischen Republikanern zu thun ist. Ein Friede für die Republik, die man angegriffen in die Schaffenden hätte einbrechen lassen. Ein Friede für den Mächtigen ohne Schutz für den Schwachen, ein Friede für die Tyrannen und Krieg den freilebenden und zur Freiheit berechtigten Völkern.

Und weil man nicht glauben kann, daß ein solcher Friede das wirkliche Ziel eines republikanischen Landes sein könne, so bleibt für die französische Haltung nur die eine Erklärung, daß sie den Krieg bezweckt habe. Frankreich dachte nicht an seine freibethlichen Grundbände, sondern nur an seine nationale Ehre, und seine Diplomatie war der Tyrannei zu Schergeraden dienlich, um die Gerechtigkeit und die Mittel zur Revanche zu erhalten.

Daß das Streben allem Anscheine nach für einmal gescheitert ist, sei es weil andere die französischen Angebote überlegten, sei es weil die Politik an der Seine im kritischen Augenblicke durch Bedenklichkeiten sich vom letzten raschen Schritte abhalten ließen, ändert an der Thatsache nichts, daß die Tendenz vorhanden war, und die Erklärung des Ministers Florents beweist, daß sie heute keineswegs aufgegeben ist.

Frankreich.

○ Paris, 10. Januar. Der Minister des Aeußern hat gestern, wie telegraphisch mitgetheilt, einen ausführlichen Bericht über seine Unterredung mit den bulgarischen Deputirten veröffentlicht, und man darf wohl annehmen, daß das Geredete ist, um in Frankreich und auch anderwärts wissen zu lassen, daß die französische Politik in der orientalischen Frage weder Sonderwege verfolgt, noch die besonderen Interessen der einen oder anderen Macht unterstützt, sondern in durchaus korrekter Weise den Standpunkt des Berliner Vertrages festhält und ihr gemesenes Bestreben dahin richtet, gemeinschaftlich mit den anderen Mächten die entstandenen Schwierigkeiten zur fried-

lichen Lösung zu bringen und dadurch zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens nach besten Kräften beizutragen. Und diese korrekte Haltung der offiziellen auswärtigen Politik der französischen Regierung ist in den letzten Jahren bei jeder Gelegenheit konstatirt worden, abgesehen von dem Zwischenfalle während des griechischen Konfliktes, wo Herr v. Freycinet der französischen Ueberlieferung das Opfer bringen mußte, das europäische Konzert „einen Augenblick“ zu verlassen, um zu verhindern, durch den moralischen Einfluß Frankreichs von Griechenland zu erlangen, was die anderen Mächte nur mit Drohung von Zwangsmaßnahmen erreichen konnten. Aber gerade weil sich die offizielle internationale Politik der französischen Regierung stets so korrekt erweist, muß es um so mehr auffallen und muß um so mehr einen heftigen Eindruck machen, daß dieselbe Regierung durchaus machtlos erscheint, wenn es sich darum handelt, ihren guten Beziehungen zu den anderen Mächten und speziell zu Deutschland der öffentlichen Meinung gegenüber Ausdruck zu geben.

Das Milieu und Hehen und das Schürzen des Deutschen haßes werden hier nach wie vor ganz speziell von denjenigen Journalen betrieben, welche erwiesenermaßen mit der Regierung Beziehungen unterhalten und ohne gerade von der Regierung abhängig zu sein, aus den verschiedensten Gründen beeinflusst werden können. Aber kein Minister hat es noch für angemessen erachtet, seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen, wohl aber haben wir mehrfach Gelegenheit gehabt festzustellen, daß gewisse Mitglieder der Regierung die Agitation gegen Deutschland direkt begünstigten. Diesen Widerspruch in der Haltung der französischen Regierung wollte ich anlässlich der gestrigen so lokalen Erklärungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Florents, konstatiren; weiter nichts.

Aus dem Reich und den Provinzen.

Oldenburg, 9. Januar. Nachstehende Eingabe an den deutschen Reichstag ist in der heutigen, vom Vorstand des national-liberalen Vereins benannten zahlreich besuchten Bürgerversammlung einstimmig beschloffen und an den Reichstag abgedruckt worden:

Dem hohen Reichstag übermittle ich die ehrerbietigste Unterzeichnung nachfolgend den Wortlaut einer in heutiger Bürgerversammlung beschloffenen Bitte an den Reichstag: „Mit Rücksicht auf die außerordentlichen militärischen Vorbereitungen der Nachbarstaaten und die daraus für Deutschland entstehenden Gefahren erachtet die heutige von 570 Bürgern der Stadt Oldenburg und benachbarten Gemeinden besuchte Versammlung es für ein Gebot der Selbsterhaltung des deutschen Reiches, seine Heereskräfte entsprechend zu vergrößern und die daraus entstehenden Lasten zu tragen. Sie begehrt zu der Reichsregierung und zu den Männern, welche die Armee geführt, die Schlachten von Wörth, Gravelotte und Sedan geschlagen und uns die deutsche Einheit errungen haben, das feste Vertrauen, daß dieselben das Maß des Nothwendigen richtig beurtheilen und nicht mehr als das zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit Deutschlands Erforderliche verlangen. Die Versammlung hält es nicht für zuträglich, die Heeresorganisation für jede Wahlperiode zum Gegenstand der Parteiquartionen zu machen, sie hält den von der Reichsregierung veranlaßten und vom Reichstage bisher bewilligten siebenjährigen Zeitraum für angemessen und richtet daher an den hohen Reichstag die Bitte, die neue Militärvorlage in ihrem ganzen Umfange anzunehmen.“

Hamburg, 10. Januar. In zahlreicher Versammlung des Reichstagswahlkreises von 1884 hielt Reichstagsabgeordneter Prof. Meier-Zenz einen einstündigen, beifällig aufgenommenen Vortrag über die Militärvorlage. Eine Erklärung zu Gunsten der letzteren fand einhellige Annahme. Unter den Anwesenden waren viele Mitglieder der Handelskammer.

München, 11. Januar. Das Ministerium des Innern hat durch Circularverfügung die äußeren Aemter aufgefordert, Stelle suchende junge Leute, besonders Mädchen zu warnen, den Stellenvermittlungsbureaus in Wien nicht blindlings zu trauen, denn die Zahl der Verdienstslosen in Wien sei zur Zeit sehr groß und daher sehr schwierig, eine Stelle zu finden.

!! Aus Thüringen, 11. Januar. In Koburg feierte gestern der Chef der Staatskassenverwaltung Geh. Finanzrath Fuchs sein 50jähriges Dienstjubiläum, aus welchem Anlaß ihm der Herzog das Ritterkreuz des Ernestinischen Hausordens verlieh. — In Schmalkalden hat der Kreisrat für die Sekundarbahnen nach Steinbach-Hallenberg und Mehlis-Zella, sowie nach Kleinmalfeld die kostenfreie Ueberlassung des erforderlichen Grund und Bodens an den Staat genehmigt. — In Hildburghausen hat der Gemeinderath für eine Eisenbahn nach Heldburg 50 000 Mk. Zuschuß bewilligt.

Bremen, 11. Januar. Die Fernsprechverbindung zwischen Hamburg und Bremen ist nunmehr fertiggestellt. Die angestellten Sprechversuche sollen ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Die Anlage wird daher nächstens in Betrieb gesetzt werden.

Parlamentarische Nachrichten.

Im Reichstagsbericht der heutigen Morgen-Nummer sind in dem Aufsatze der Rede des Reichskanzlers über die militärische Bedeutung der Vorlage einige Zahlen durch den Druck entstellt. Es muß heißen: „Daß, was einstweilen nach dem militärischen Urtheil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesatzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Jahre haben, um jährlich etwa 16 000 Mann; also in der Dauer eines Septennats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um so viel stärker; es ist ein Gewicht, was einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben.“

Reichstagsverhandlungen.

* Berlin, 12. Januar. Der Reichstag ehrte heute das Andenken des verstorbenen Abg. Virchlet in der üblichen Weise und fuhr dann in der gestern abgebrochenen Verhandlung der §§ 1 und 2 der Militärvorlage mit den dazu gehörigen Anträgen fort. Außerdem beantragte Abg. Graf Ballestrem, den freikinnigen Antrag dahin zu amendiren, die 16 vierten Bahnhöfe statt auf ein auf drei Jahre zu bewilligen. Abg. von Helldorff glaubte, daß das, was der Reichskanzler gestern über unser Verhältnis zu Frankreich gesagt habe, für Jeden, der hören wolle, volle Ueberzeugungskraft haben müsse. Die Gegner der Vorlage sagen zwar, sie bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, sowie, daß in der Bewilligung der Vorlage alle Parteien einig seien. Auch der Referent habe sich gestern in diesem Sinne ausgesprochen. Die Hauptsache sei aber, daß die Gewährung nur auf drei Jahre die Grundlage der Armee erschütterte. An Zahl seien wir unseren Gegnern sicher nicht gewachsen; wir könnten das nur ausgleichen durch die Ueberlegenheit unserer militärischen Organisation, die finanzielle Mehrbelastung, die durch die Vorlage erwachse, sei gar nicht so groß; das Volk müsse sie tragen und könne sie auch tragen, es brauche nur jeder von den 66 2/3 Glä-

Ayuntamiento de Madrid

Ayuntamiento de Madrid

Niederwaldbahn (m. 1½ Proz.) bevorzugt. Von Stamm-Prioritäten gewonnenen Kupfern ¼ Proz. Von österreichischen Babenberger güngern Maas-Deubenburger lebhaft und höher um. Schwäbischer Babener still. Rufsische Bahnen fest, namentlich Südwest und Große Rufsische. Kupfabanten sehr; rufsische Werthe zogen an. Berg- und Hüttenwerke waren recht fest. Zu Steuerzwecken gelangten: Oberschlesischer Bedarf, Märkisch-Weißthal'sches Bergwerk, Stolberger Stamm-Aktien, Meinen u. Schwerte, Harfort und Bismarck'sche Braunschwelger Kohle waren gedrückt. Von den anderen Suden-Papieren wurden höher bezahlt: Egerhof (m. 3,75), Braunschwelger (m. 0,50), Märkische Maschinen (m. 0,50), Weißthal'sche Wacht (m. 1,50), Glanzig (m. 0,75), Böhme (m. 6), Charlottenburger Pferdebahn (m. 0,50), Keyling (m. 2,25), Harburg-Wien (m. 2,25), Trister (m. 2,25) und Dunaubus (m. 0,50). Wertheimungsbücher weisen auf: Neubauer'scher Spinnerei (m. 1,50), Halle'sche Maschinen (m. 2), Zeiger (w. 1), Freund (m. 1,25), Ebering (w. 4), Adler Cement (w. 2) und Nobel Truff (m. 1,25). Die Haltung der inländischen Anlagengewerke blieb fest, obwohl sich der Verkehr nur in engen Grenzen bewegte. 3½ Proz. Konfals abholten sich 0,10 Prozent, 4 Proz. brühten den gleichen Bruchtheil ein. Österreichisch-ungarische Prioritäten geschäftlos. Kaiser Ferdinand Nordbahn blieben billiger angeboten. Für rufsische Prioritäten kam eine günstige Meinung zum Durchbruch, einzelne Werthe avancirten bis 0,75 Prozent. Privatdankföten 3½ Prozent.

zum Bezuge von Pr. 3 1/2% Conſols abgeſtammte					
Bergisch-Märkiſche IV.	4	1/1	1/7	101,30	6
Berlin-Rotſſam D.	4	1/1	1/7	101,50	6
do. do. E.	4	1/1	1/7	101,30	6
do. do. F.	4	1/1	1/7	101,30	6
Elbin-Windener I.	4	1/1	1/7	101,30	6
Halle-Sorau C.	4	1/1	1/7	101,30	6
Thüringer I. III. IV. V.	4	1/1	1/7	101,30	6
Elbin-Windener III.	4	1/4	1/10	101,40	6
Rheinſche 65—69	4	1/4	1/10	101,50	6
Nachen-Maiſtrichter	4	1/1	1/7	101,30	b ³ 6
Albrechtsbahn gar.	5	1/5	1/11	81,50	6
Pöbmigke Nordb. Gold	4	1/1	1/7	100,75	b ³
Leipzigerader Gold-Obi.	4 1/2	1/4	1/10	—	—
Dur-Endenbach	5	1/1	1/7	86,00	II. —
do. II. Em.	5	1/4	1/10	84,60	III. 109,
Dur-Frag Gold-Prior.	5	1/1	1/7	107,75	6
do. do.	4	1/1	1/7	100,30	b ³ 6
Elſaſeth-Weſth. Gold-P.	4	1/4	1/10	101,50	b ³ 6
Frank-Joſeph-Bahn	4	1/4	1/10	78,60	6
Leipziger-Garſ. gar.	5	1/4	1/10	81,75	b ³ 6
Salz. Karl-Ludwigſt. gar.	4	1/1	1/7	80,90	6
do. do. 1882	4 1/2	1/1	1/7	80,40	6
Gotthardbahn III. Serie	5	1/4	1/10	100,70	6
do. IV. Serie	5	1/1	1/7	107,00	6
do. conc.	4	1/1	1/7	102,70	6
Kaiſer Ferd. Nordbahn	5	1/5	1/11	94,40	b ³
Kaiſchau-Deberga gar.	5	1/1	1/7	82,10	b ³
do. do. Gold-Prior. g.	5	1/1	1/7	102,40	b ³
Kronprinz-Rudolfsbahn	4	1/4	1/10	75,20	b ³ 6
do. Salzkammergut	4	1/4	1/10	100,00	b ³

[illegible]